

## Russland, quo vadis?

### Pragmatismus und Russophobie in Europa, eurasische und asiatische Orientierung in Russland

von Mirko Petersen



1. Einleitung
2. Kurze Geschichte der transatlantisch-russischen Beziehungen nach dem Ende der Sowjetunion
  - 2.1 Schwierige 90er Jahre in Russland
  - 2.2 NATO-Expansion und EU-Osterweiterung
  - 2.3 Putins Erfolge und Konter zur westlichen Politik
  - 2.4 Aktuelle Entwicklungen
3. Einstellungen und Positionen zu Russland in den EU-Staaten
  - 3.1 Unterschiedliche Prioritäten
  - 3.2 Block der machtpolitischen Pragmatiker
  - 3.3 Block der Russophoben
4. Russland: auf dem Weg nach Europa oder Asien?
  - 4.1 Die Klans und ihre Machtpolitik
  - 4.2 Eurasier
  - 4.3 Russlands Pragmatik zwischen West und Ost
5. Fazit

# 1. Einleitung

## *Neue weltpolitische Konstellation*

Die Vormachtstellung der westlichen Mächte in der Welt schrumpft. Während die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) ein enormes Wirtschaftswachstum vorzuweisen haben und eine wachsende weltpolitische Bedeutung erlangen, versinken die USA in Schulden und die Europäische Integration stagniert. Besonders Russland und China werden aufgrund ihrer autoritären Regime und ihres staatskapitalistischen Modells, das den kriselnden Neoliberalismus in Frage stellt, gefürchtet.<sup>1</sup>

Doch die westlichen Staaten wollen sich mit allen (auch militärischen) Mitteln gegen diesen Abstieg wehren. Das im letzten Jahrzehnt teilweise brüchige europäisch-amerikanische Verhältnis scheint sich im Angesicht des drohenden Schicksals wieder zu festigen: ein „transatlantischer New Deal“ kündigt sich an, bei dem die USA ein stärker militarisiertes Europa einfordert, da sie die Lasten eines solchen Kraftakts nicht alleine tragen könnten.<sup>2</sup>

Ein Konflikt der ehemaligen „einzigsten Weltmacht“ USA und dem neuen Riesen China – evt. ein „neuer Kalter Krieg“ – könnte durchaus drohen; die genaue Rolle Europas, aber in erster Linie die Verortung Russlands in diesem Szenario ist noch unklar. Während amerikanische Geheimdienste die Möglichkeit eines westlich-russischen Bündnisses für unrealistisch halten, ist der BND optimistischer.<sup>3</sup> Keine Zweifel bestehen darin, dass Russland aufgrund seiner Größe, Lage und seit der Ära Putin zurückeroberten Macht ein entscheidender weltpolitischer Akteur ist; ohne Russland lassen sich keine international bedeutenden Sicherheitsfragen lösen.<sup>4</sup>

Das russische Regime ist autoritär und repressiv, besitzt aber – wie jedes andere Regime auch – legitime sicherheitspolitische Interessen, denen Aufmerksamkeit zukommen muss. Eine Missachtung von westlicher Seite macht eine Formierung von machtpolitischen, konfrontativen Blöcken unausweichlich.

## *Wohin führt Russlands Weg?*

Um sich der Frage „Russland, quo vadis?“ anzunähern, wird sich die vorliegende Arbeit zunächst in kurzer Form mit der transatlantisch-europäischen Geschichte nach dem Ende der Sowjetunion auseinandersetzen. Diese Geschichte ist durch die schwierigen 90er Jahre in Russland (2.1), die Erweiterung der NATO und der EU nach Osten (2.2), die Putinsche „Reconquista“ des eigenen Landes und der umliegenden Einflussphäre (2.3) sowie durch einige aktuelle Entwicklungen, deren genauer Ausgang noch nicht sicher ist (2.4), geprägt.

Bei der Betrachtung der Konflikte zwischen Machtblöcken darf nicht der Fehler gemacht werden, die Blöcke in sich als vollkommen homogen anzusehen. Die Ansichten, wie in Zukunft mit Russland umgegangen werden soll, sind verschiedenartig und erfordern eine Betrachtung diverser Akteure, die den internationalen Beziehungen zusätzliche Dynamik verleihen. Diese Arbeit soll die unterschiedlichen nationalstaatlichen Ansätze innerhalb der EU im Verhältnis

zu Russland aufzeigen<sup>5</sup>, wobei die Prioritäten aufgrund diverser Aspekte verschieden hoch sind (3.1). Vereinfacht lässt sich von zwei (ebenfalls nicht komplett homogenen) Blöcken innerhalb der EU sprechen. Auf der einen Seite gibt es die Pragmatiker, die aus machtpolitischen Erwägungen zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit Russland tendieren (3.2). Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die einen höheren Einfluss Russlands aus teilweise durchaus nachvollziehbaren Gründen fürchten und sich durch die machtpolitische Nutzung der Energieressourcen und das martialische Vorgehen Russlands im Georgien-Krieg bestätigt fühlen. Diese Staaten plädieren deshalb für eine möglichst geringe europäische Abhängigkeit vom größten Land der Erde und legen einen eher konfrontativen Umgang an den Tag (3.3).

Wohin Russlands Weg führt, hängt natürlich nicht allein vom politischen Willen Außenstehender ab, sondern entscheidet sich in erster Linie im Land selbst. Auch wenn die Machtverhältnisse innerhalb der EU ungleich verteilt sind, so kann jeder Nationalstaat für sich Einfluss nehmen. Im russischen Staatsgebilde ist alle Macht in Moskau konzentriert und die einzelnen Regionen und Teilrepubliken haben einen verschwindend geringen Einfluss. Um die unterschiedlichen politischen Denkrichtungen Russlands zu verstehen, muss stattdessen der machtpolitische Wettbewerb der beiden großen Klans, der Igor Setschins und der Wladislaw Surkows, nachvollzogen werden, der ohne Rücksicht auf den Großteil der russischen Bevölkerung ausgetragen wird (4.1). Wladimir Putin ist das entscheidende Bindeglied zwischen diesen beiden Klans und ist deshalb, wenn auch nicht mehr in der Rolle des Präsidenten, immer noch der wichtigste russische Akteur.

Die beiden Klans lassen sich nicht in einen Europa-Asien-Gegensatz einordnen, aber innerhalb des Surkow-Klans hat sich eine pro-europäische Fraktion gebildet, der auch Präsident Dmitri Medwedew angehört. Im Kontrast zu dieser liberalen Fraktion steht die Eurasier-Bewegung, deren Ideen eher in Setschins Klan Anklang finden. Um die geopolitischen Erwägungen Moskaus besser einordnen zu können, soll auf die Geschichte und die wichtigsten Denker der Eurasier eingegangen werden. Die Einflüsse der genannten Strömungen sind wichtige Indikatoren bei der Bewertung der russischen Orientierung und deshalb auch aus europäischer Sicht relevant.

Schließlich bildet sich in Russlands Osten mit China eine neue Supermacht heraus, die für die russischen Außenbeziehungen eine gegenüber dem Westen mindestens ebenbürtige Bedeutung hat und dem Kreml die Möglichkeit gibt, gegenüber den europäischen Hauptstädten klarzustellen: „Wenn ihr nicht wollt, dann können wir auch anders und anders heißt China, heißt Asien.“<sup>6</sup> Ob aber die russische Entscheidung zwischen Europa und Asien eigentlich so strikt zu Gunsten von einer Seite ausfallen muss, soll bei einem Blick auf die heutige russische Pragmatik im weltpolitischen Spannungsfeld hinterfragt werden (4.3), um abschließend ein Fazit ziehen zu können (5).

1 vgl.: National Intelligence Council: Global Trends 2025. A Transformed World (November 2008).

2 vgl.: Jürgen Wagner: Metamorphose der Geopolitik. Westlicher Vormachtsanspruch und der drohende neue Kalte Krieg (IMI-Studie 2010/06), S.5-6 & 10.

3 vgl.: ebd. S.13.

4 vgl.: Sergej Karaganow Russia in Euro-Atlantic Space (2010; [www.solon-line.de/russias-place-in-euro-atlantic-space.html](http://www.solon-line.de/russias-place-in-euro-atlantic-space.html)), fortan: Karaganow.

5 Das soll nicht bedeuten, dass nicht andere Variablen außer der nationalstaatlichen Politik, z.B. Kapitalströme, ebenfalls Einfluss nehmen.

6 Kai Ehlers: Auf zwei Beinen steht sich's besser – Putin und Medwedew in die Werkstatt geschaut. Ein Kommentar zum Besuch Wladimir Putins in Berlin (2010, [kai-ehlers.de](http://kai-ehlers.de)), fortan: Ehlers.

## 2. Kurze Geschichte der transatlantisch-russischen Beziehungen nach dem Ende der Sowjetunion

### 2.1 Schwierige 90er Jahre in Russland

1991 brach die Sowjetunion nach der misslungenen Perestroika Michail Gorbatschows endgültig zusammen und leitete einen enormen Abstieg für Politik und Gesellschaft ein. Durch die Schock-Privatisierung dieser Zeit erlangte eine neue Klasse von Oligarchen einen enormen Reichtum, während der Großteil der Gesellschaft eine zuvor noch nicht gekannte Armut erlebte. Bei zwei Bankenkrisen verloren die Menschen jedes Mal ihre kompletten Ersparnisse.

Präsident Boris Jelzin pflegte ein harmonisches Verhältnis zu westlichen Staatschefs, auch wenn diese Russland als weltpolitischen Akteur kaum noch ernst nahmen. Hinter den Kulissen bestimmten längst die Oligarchen das Geschehen, die einen Ausverkauf russischen Staatseigentums zur Selbstbereicherung durchführten.

Russlands territoriale Integrität war durch das Fehlen einer starken Zentralgewalt gefährdet. Da die nordkaukasische Teilrepublik Tschetschenien das Machtvakuum dieser Zeit nutzen wollte und Unabhängigkeit anstrebte, begann Moskau einen Krieg, der in einer verlustreichen Niederlage, einem de facto unabhängigen Tschetschenien und damit verbunden einem Offenbarungseid des russischen Militärs endete.

### 2.2 NATO- und EU-Osterweiterung

#### *NATO-Osterweiterung*

Das Fehlen einer Großmacht in Osteuropa wussten die beiden westlichen Bündnisse NATO und EU für sich zu nutzen. Ihnen gelang es, einen Teil der postsowjetischen Peripherie an sich zu binden.

Die NATO war als Militärbündnis des Westens gegen die Sowjetunion konzipiert. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums stellte sich die Sinnfrage, die mit der Transformation zu einem expansiven Mehrzweckbündnis zur Durchsetzung westlicher Interessen beantwortet wurde. Nur durch eine Legitimation der NATO konnten sich die USA zudem einen fortlaufenden Einfluss auf europäische Entscheidungsmechanismen sichern.<sup>7</sup>

Russland hat nach dem Ende des Kalten Krieges große sicherheitspolitische Zugeständnisse gemacht und seine kompletten Truppen aus Ostmitteleuropa zurückgezogen. Laut Michail Gorbatschow wurde im Zuge der 2+4-Verträge 1990 ausgemacht, dass es zu keinem Vordringen der NATO nach Osten kommen darf.<sup>8</sup> 1999 traten jedoch die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Pakts, Polen, Tschechien und Ungarn bei. 2004 kamen dann noch Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien dazu und 2009 wurde noch um Albanien und Kroatien ergänzt. Bei der Aufnahme dieser Staaten spielte militärische Eignung keine Rolle<sup>9</sup>, vielmehr ging es um eine geostrategische Bindung an den Westen. Mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg



*EG-Hilfspaket für Russland 1991*

auf Russlands Verbündeten auf dem Balkan, Jugoslawien, setzte die NATO ein Ausrufezeichen und deutete an, zu was sie gewillt ist.

Der renommierte russische Politikwissenschaftler Sergej Karaganow fasst prägnant zusammen: „Die Expansion der NATO hat den Kalten Krieg im Grunde genommen unvollendet gemacht.“<sup>10</sup>

#### *EU-Osterweiterung*

In den 90er Jahren fand in Osteuropa eine fundamentale Transformation von Kommunismus zu Kapitalismus statt. In höchstmöglichem Tempo wurden die postsowjetischen Länder für einen EU-Beitritt, der am 1. Mai 2004 (bzw. 2007 im Falle von Bulgarien und Rumänien) erfolgte, geformt, um den größten Binnenmarkt der Welt zu schaffen. Wer dabei profitierte, hebt der österreichische Historiker und Journalist Hannes Hofbauer treffend hervor: „Nicht Entwicklungshilfe oder karikativer Gestus sind es, auch nicht die Solidarität einer christlichen Wertegemeinschaft, die Brüssel veranlassen, die Grenzen der Europäischen Union auszudehnen, sondern die Überproduktion in den westeuropäischen Zentren ist der Grund. [...] Die Osterweiterung [...] dient vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen – den so genannten ‚Global Players‘ – neuen Marktraum zu erschließen und diesen mit Hilfe des Regelwerks des ‚Acquis communautaire‘ abzusichern.“<sup>11</sup> Russlands Einfluss in Osteuropa wurde also nicht nur geostrategisch, sondern auch wirtschaftlich beschnitten.

#### *Wie weit noch?*

Natürlich lassen sich NATO- und EU-Osterweiterung nicht einfach gleichsetzen. Das Vorrücken eines militärischen Bündnisses und das eines – zunächst einmal – bürokratischen Apparates wurden von Russland nicht gleichermaßen als Bedrohung empfunden. Trotzdem lässt sich festhalten, dass die beiden Expansionen im Gleichschritt stattfanden. Dazu noch einmal Hofbauer: „Sämtliche neuen [osteuropäischen] EU-Mitgliedsstaaten traten vor ihrer wirtschaftlichen und politischen Unionierung mit Brüssel militärisch der NATO bei; im Fall der Slowakei handelte es sich nur um einige Wochen, alle anderen Länder waren längst unter die militärischen Fittiche der US-geführten Allianz gekommen, bevor sie EU-tauglich erklärt wurden.“<sup>12</sup>

7 vgl.: Erich Reiter: Die zweite NATO-Osterweiterung (ÖMZ 1/2003)

8 vgl.: ebd.; diese Abmachung wird von amerikanischer Seite heutzutage teilweise angezweifelt (vgl.: Mark Kramer: The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia, in: The Washington Quarterly, April 2009).

9 Dies verstößt im Grunde gegen Artikel 10 des NATO-Vertrages, der besagt, dass nur Länder aufgenommen werden können, die „zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets“ beitragen (vgl.: [http://www.nato.int/cps/en/SID-8DE5875B-CC4F9EFE/natolive/official\\_texts\\_17120.htm](http://www.nato.int/cps/en/SID-8DE5875B-CC4F9EFE/natolive/official_texts_17120.htm)).

10 Karaganow.

11 Hannes Hofbauer: EU Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen (Wien 2007).

12 ebd. S. 289



*Vereint gegen Russland? NATO- und Georgienflagge*

Die erste NATO-Osterweiterung wurde von Russland noch relativ gelassen hingenommen, aber insbesondere mit der Aufnahme der baltischen Staaten, also einem festen Bestandteil der ehemaligen Sowjetunion, hatte das transatlantische Bündnis so etwas wie eine rote Linie überschritten.<sup>13</sup> Als sei dieses Vordringen noch nicht weit genug, wurden auch schon Pläne für eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine geschmiedet, die jedoch aufgrund der jetzigen machtpolitischen Verschiebungen – der Verstrickungen der USA in anderen Weltteilen und die größere außenpolitische Bedeutung Moskaus in Osteuropa – auf Eis liegen.

Auch die Europäische Union ist noch nicht satt. Die Kapazitäten für weitere Aufnahmen von Ländern sind zurzeit jedoch nicht gegeben. Deshalb versucht man durch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) seinen Einflussbereich zu erweitern; in Osteuropa sind Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Weißrussland und die Ukraine teil dieses Programms.<sup>14</sup> Ziel der Union ist, diese Staaten auf gemeinsame Regeln zu verpflichten, ohne ihnen eine Mitbestimmung zu gewähren.<sup>15</sup> Zwar kann die EU bestimmte wichtige Anreize (z.B. Visa-Regelungen) für die einzelnen Staaten setzen, ob dies dauerhaft als Ersatz für eine Mitgliedschaft akzeptiert wird oder ob sich die Staaten wieder verstärkt Russland zuwenden (wie z.B. in der Ukraine geschehen), wird sich noch zeigen.

Die Erweiterung des EU-Einflussbereichs über die Grenzen seiner Mitgliedsstaaten hinaus<sup>16</sup>, konzentriert sich nicht zufällig auf eine „strategische Ellipse“<sup>17</sup> in der sich ein Großteil der weltweiten, immer knapper werdenden fossilen Brennstoffe befindet. In Anbetracht der zunehmenden Militarisierung der Union, ist zu befürchten, dass die europäische Energieversorgung – notfalls mit Gewalt – erzwungen werden soll und Russland eben nicht mehr nur einen expandierenden Bürokratieapparat vor seiner Haustür hat.<sup>18</sup>

### 2.3 Putins Erfolge und Konter zur westlichen Politik

#### *Russlands Fall gestoppt*

1999 wurde der damals der Öffentlichkeit vollkommen unbekannt Wladimir Putin von Boris Jelzin zum Ministerpräsidenten ernannt. Der Jelzin-Klan hatte die Hoffnung, durch Putin seine Macht konservieren zu können, die aufgrund der Erkrankung des Präsidenten endgültig zu schwinden drohte. Putin etablierte sich durch einen nach außen als „schnellen, erfolgreichen Krieg“ verkauften Sieg gegen Tschetschenien, das seitdem wieder stärker unter Moskauer Kontrolle steht. Die Idee des Jelzin-Klans, Putin anschließend als Marionetten-Präsidenten im Amt zu installieren, scheiterte, da die Planer den Ex-KGB-Mann deutlich unterschätzten. Nicht nur, dass er keine Marionette war, seit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2000 gelang es ihm, den russischen Abwärtstrend in Wirtschaft und Politik zu stoppen und darüber hinaus die Machtansprüche des Landes glaubhaft zu untermauern, ohne jedoch die gesamtgesellschaftlichen sozialen Standards, besonders in der Peripherie, zu erhöhen.

Oligarchen mussten fortan dem Kreml gehorchen und nicht wie zuvor andersherum. Ganz zum Ärger westlicher Staaten und Konzerne kam es zu einer Renationalisierung des Energie-Markts, was durch die Verhaftung des oppositionellen Oligarchen Michail Chordokowsky 2003 zementiert wurde und ein klares Zeichen an andere ambitionierte Oligarchen und das Ausland war.<sup>19</sup>

#### *Das außenpolitische Comeback*

Putins Plan schien zunächst ein enges Bündnis mit europäischen Staaten in Abgrenzung zu Washington zu sein, was bei den beiden „Gaullisten“ (in Anlehnung an den Sonderweg des früheren französischen Präsidenten Charles de Gaulles) Gerhard Schröder und Jacques Chirac durchaus Anklang fand. In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 (also kurz nach „Nine-Eleven“) sagte Putin: *„Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands vereinigen wird.“*<sup>20</sup>

13 vgl.: Fyodor Lukyanov: *Russia Is Not Prepared to Restore the Empire* (2006; [http://eng.globalaffairs.ru/book/n\\_7601](http://eng.globalaffairs.ru/book/n_7601)), fortan: Lukyanov.

14 vgl.: [http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index_de.htm)

15 vgl.: Martin Brandt: *Die europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?*, in: *UTOPIE kreativ*, 217/November 2008, S.1001.

16 Es existiert beispielsweise eine neue Strategie für Zentralasien (vgl.: Derek Averre: *Competing rationalities. Russia, the EU and the ‚Shared Neighbourhood‘*, in: *Europe-Asia Studies*, Dezember 2009, S. 1689-1690).

17 Neben Osteuropa und Russland zählen auch Zentralasien und der Nahe Osten dazu.

18 vgl.: Kai Ehlers: *Reicht Europa bis nach Kasachstan?*, in: Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hg.): *Weltmacht Europa. Auf dem Weg in weltweite Kriege* (2006), S. 183-197.

19 vgl.: Jürgen Wagner: *Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg. NABUCCO, die Gas-OPEC und die Konturen des Neuen Kalten Krieges*, in *Ausdruck* (August 2007), fortan: *Erdgaskrieg*.

20 <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/40/57840/multi.htm>



Wladimir Putin bei seiner berühmten Münchner Rede

Die Achse Paris-Berlin-Moskau funktionierte für eine Zeit zwar recht gut, brachte für Russland jedoch nicht das erhoffte Ergebnis: die transatlantische Politik in Osteuropa verlor nicht ihren expansiven Charakter. Nach der zweiten NATO-Osterweiterung und dem Vorhaben, Georgien und die Ukraine aufzunehmen, den Plänen zur Stationierung einer Raketenabwehr in Osteuropa sowie der amerikanischen und europäischen Unterstützung für die pro-westlichen „bunten Revolutionen“ in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005), folgte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 das deutlich zu vernehmende „bastal“ Putins: *„Ich denke, es liegt auf der Hand, dass die Expansion der NATO mit der Modernisierung des Bündnisses selbst oder mit der Gewährleistung der Sicherung in Europa in keinerlei Zusammenhang steht. Sie stellt im Gegenteil eine ernste Provokation dar, die das Maß des gegenseitigen Vertrauens vermindert. Wir haben das Recht zu fragen, gegen wen diese Expansion sich richtet. Und was ist aus den Zusicherungen geworden, die unsere westlichen Partner uns nach der Auflösung des Warschauer Paktes gaben? Wo sind diese Erklärungen heute? Niemand erinnert sich mehr daran. [...] Die Steine und Betonblöcke der Berliner Mauer sind längst als Souvenirs verteilt worden. [...] Und jetzt versucht man, uns neue Trennungslinien und Mauern aufzuzwingen. Diese Mauern mögen virtuell sein, aber sie teilen dennoch, sie durchschneiden unseren Kontinent.“*<sup>21</sup>

Nach dieser verbalen Reaktion Putins, fuhr Russland – schon unter dem neuen Präsidenten Medwedew – auch einen militärischen Konter, der viele amerikanische und europäische Sicherheitspolitiker aufschrecken ließ. Nachdem Georgien am 8. August 2008 militärisch gegen die abtrünnigen Gebiete Südossetien und Abchasien vorging, schlug das russische Militär martialisch zurück und rückte bis tief ins Landesinnere vor. Als Antwort auf die transatlantische Kosovo-Politik erklärten sich Südossetien und Abchasien mit Unterstützung Moskaus für unabhängig.

Russland hat nun die Chance, große Teile der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre wieder für sich gewinnen, was vor einigen Jahren noch undenkbar schien. Diese Möglichkeit hängt auch damit zusammen, dass die U.S.-amerikanischen Ressourcen in Afghanistan und im Irak konzentriert sind und Einmischung in Europa und Zentralasien momentan nur bedingt möglich sind.<sup>22</sup>

## 2.4 Aktuelle Entwicklungen

### *Raketenabwehr – gegen wen?*

Unter der Bush-Regierung wurde geplant, in Osteuropa ein Raketenabwehrsystem zu installieren. Auf polnischem Territorium sollten Abfangraketen und auf tschechischem Territorium Radaranlagen platziert werden. Die USA gab vor, dass diese Installationen zur Abwehr von iranischen Mittel- und Langstreckenraketen dienen sollten, während Russland es als gegen sich gerichtet auffasste und im Falle der Realisierung ankündigte, mit dem Bau eines eigenen Systems in der Exklave Kaliningrad zu reagieren.

Der jetzige US-Präsident Obama kündigte am 17. September 2009 an, zunächst kein derartiges System errichten zu wollen. Verteidigungsminister Robert Gates gab als Grund an, dass der Iran erfolgreicher bei der Entwicklung von Kurzstreckenraketen sei und man darauf reagieren müsse. Russland wertete diesen Rückzug als positiv; da die Pläne für ein Raketenabwehrsystem damit keineswegs komplett verworfen sind<sup>23</sup>, bleibt aber berechtigte Skepsis. Die ostmitteleuropäischen Staaten reagierten auf den Schwenk Washingtons hingegen enttäuscht und verängstigt.<sup>24</sup> Neben der Kritik Russlands war wohl in erster Linie der Wunsch, den maroden US-Haushalt mit diesem teuren Projekt nicht noch weiter zu belasten, ausschlaggebend für den Rückzieher.<sup>25</sup>

### *Medwedews Initiativen*

Der Vorschlag für einen gemeinsamen euroatlantischen Sicherheitsvertrag stand bereits länger im Raum, konkret ausformuliert erschien er dann am 29. November 2009 auf der Homepage des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew. Er sieht einen gesetzlich bindenden Sicherheitsvertrag für alle Staaten und internationalen Organisationen (NATO, EU, GUS, OSZE, OVKS) „von Vancouver bis Wladiwostok“ vor. Zentral bei dem Entwurf ist die Prämisse, dass keines der Mitglieder etwas unternehmen soll, das die Sicherheit eines anderen Mitglieds gefährdet. Zudem soll es auch eine Beistandsklausel geben, wonach ein Angriff auf eine andere Vertragspartei wie ein Angriff auf sich selbst angesehen werden soll. Konflikte zwischen Mitgliedern der Sicherheitszone sollen in einem speziell regulierten Verfahren gelöst werden. Insgesamt handelt es sich hier um einen durchaus beachtlichen Schritt Medwedews, der nach dem bisherigen transatlantisch-russischen Konfrontationsver-

23 vgl.: Regina Hagen: Stärker, schlauer, schneller. US-Raketenabwehr in Europa, in: Wissenschaft & Frieden 2/2010.

24 vgl.: Spiegel Online: Aus für US-Raketenschild frustriert Osteuropäer (17.09.2009); FAZ.net: Obama will „flexible“ Raketenabwehr (17.09.2009).

25 vgl.: Roderick Kefferpütz: Obama's Missile U-Turn (CEPS, 08.10.2009).

21 „Was ist aus den Garantien geworden?“. Rede von Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, auf der Konferenz für Sicherheitspolitik am 10. Februar 2007 (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2007, S. 377-378.

22 vgl.: Lukyanov.

lauf nicht unbedingt absehbar war. Intention des Präsidenten ist es, einen weiteren NATO-Vormarsch durch Einbindung – statt Konfrontation – auszuschließen. Der sicherheitspolitische status quo soll zunächst eingefroren werden und bei zukünftigen Entscheidungen will Russland gleichberechtigt seine Stimme einbringen können.<sup>26</sup>

Auch wenn der Entwurf eines euro-atlantischen Sicherheitsvertrags keinen entscheidenden Anklang im Westen fand – eine derartige russische Mitbestimmung ist für die NATO undenkbar –, machte Medwedew einen weiteren sicherheitspolitischen Schritt auf die NATO zu. Am 20. November 2010 brachte er erneut den Willen Russlands zum Ausdruck, sich an der Planung für ein europäisches Raketenschild beteiligen zu wollen – natürlich als gleichberechtigter Partner, worin der eine oder andere westliche Akteur ein Problem sieht. Um zu zeigen, dass Russland es mit einer zukünftigen Zusammenarbeit ernst meint, erlaubt das Land nun eine Versorgung der Soldaten in Afghanistan über sein Territorium, wobei dies ohnehin positive Effekte für Moskau hat: die Abhängigkeit der NATO gegenüber Russland wird größer und ein Vordringen islamischer Kräfte ins nähere Umfeld Russlands wäre ohnehin nicht im Interesse des Kremls. Viele bezeichneten das Angebot Medwedews als historisch, Angela Merkel frohlockte gar, dass der Kalte Krieg nun endgültig überwunden sei, doch ob konkrete Schritte folgen werden, ist anzuzweifeln.<sup>27</sup>

#### *Neuanfang oder Rückfall in alte Zeiten?*

Allgemein waren die Hoffnungen vor dem Amtsantritt Barack Obamas enorm hoch. Auch für die angespannten russisch-transatlantischen Beziehungen hoffte man auf Besserung, nachdem sie nach dem Georgien-Krieg an einem gefährlichen Punkt angelangt waren. Tatsächlich kam es zu einer Entspannung und vielerorts wurde von einer „Reset-Politik“ Obamas gesprochen. Neben der Modifizierung der Pläne für ein Raketensystem wurde auch ein neues Abkommen zur atomaren Abrüstung – START III – vereinbart, das aber nur einen kleinen Fortschritt darstellt.

Die Initiativen Medwedews wurden zwar bejubelt, zur konkreten Umsetzung scheint der Westen jedoch nicht bereit zu sein. Nach dem Verlauf der Münchner Sicherheitskonferenz 2011 lässt sich ein erneut verstärkt konfrontativer Kurs nicht ausschließen. Auf der einen Seite gab es viel Lob für das START III-Abkommen, auf der anderen Seite machte der russische Außenminister Sergej Lawrow klar, dass ein europäisches Raketensystem unter der Nichtbeachtung der russischen Position als Bedrohung aufgefasst wird und „kompensatorische Maßnahmen“ nach sich ziehen könnte. Darauf erwiderte Hillary Clinton, dass sich die USA von Russland ihr Vorgehen nicht vorschreiben lassen werde<sup>28</sup> – ein Schritt vor, zwei zurück.

## 3. Einstellungen und Positionen zu Russland in den EU-Staaten

Die USA sind immer ein entscheidender Faktor, wenn es um die europäisch-russischen Beziehungen geht. Aufgrund von Geschichte und Geographie hat Europa jedoch eine vielleicht nicht bedeutsamere, aber allemal emotionalere und intensivere Beziehung zum großen Nachbarn.

Trotz des langjährigen Projekts der Europäischen Integration im größten Bündnis des Kontinents – der EU – unterscheiden sich die Positionen der einzelnen Länder in der Außenpolitik noch stark, was auch oft als Hindernis für ein Auftreten als internationale Großmacht betrachtet wird: „Europa ist zu gespalten, irgendwie zu byzantinisch, um ein neues Rom zu werden“.<sup>29</sup>

### 3.1 Unterschiedliche Prioritäten

#### *Keine einheitliche Position zu Russland*

Gerade im Fall Russlands zeigt sich, dass nationale Interessen miteinander oder mit EU-Interessen kollidieren. Mit der oft geforderten gemeinsamen Stimme wird hier häufig nicht gesprochen.<sup>30</sup>

Grundsätzlich ist das Interesse an Russland bei verschiedenen Staaten unterschiedlich hoch, vor allem geographisch weiter entfernte Staaten (außer Großbritannien) sehen keinen Anlass für ein starkes Engagement im Osten. Spanien beispielsweise sieht Russland als den wichtigsten Akteur in Osteuropa an und die Zusammenarbeit in der Terror-Bekämpfung ist durchaus intensiv; in der spanischen Öffentlichkeit spielt Russland jedoch kaum eine Rolle. Die ENP für Osteuropa wird als lästige Konkurrenz zur Mittelmeer-Politik begriffen.<sup>31</sup> Die italienisch-russischen Beziehungen sind trotz der prinzipiell transatlantischen Ausrichtung unter Silvio Berlusconi gut; für Russland ist das wichtig, da über Italien verstärkt nordafrikanisches Gas nach Europa kommen könnte.<sup>32</sup> Gemeinsam mit dem italienischen Energie-Riesen ENI finanziert Gazprom zudem die South-Stream Pipeline, die russisches Gas nach Europa bringen soll.<sup>33</sup> Italien könnte sich somit auf dem Weg in eine vertiefte Zusammenarbeit befinden.

#### *Grobe Einteilung in zwei Blöcke*

Wie an den Beispielen Spanien und Italien gezeigt, haben auch Staaten, deren Prioritäten prinzipiell anderswo zu finden sind, eine gewisse Verflechtung mit Russland. Von einer wirklichen Ostpolitik kann man jedoch kaum sprechen. Andere Staaten tangiert die russische Politik direkt und sie agieren mit einer ambitionierten Agenda in Osteuropa. Grob lassen sich die Staaten in ihrem Verhältnis zu Russland in zwei in sich nicht komplett homogene Blöcke einteilen: den der Pragmatiker und den der Russophoben.

### 3.2 Block der machtpolitischen Pragmatiker

Zu diesem Block zählen die beiden größten und bedeutendsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union: Deutschland und Frankreich. Sie pflegen einen pragmatischen Umgang mit Russland, der aus realpolitischem Kalkül erfolgt. Von einer Russophilie lässt sich hier jedoch keineswegs sprechen.

26 vgl.: Margarete Klein: Medwedews Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag; in: Forschungsstelle Osteuropa: Russlandanalysen 193/2009, S.2-3.

27 vgl.: Spiegel Online: Russland will sich am Raketenschild beteiligen (20.11.2010)

28 vgl.: Jürgen Wagner: Münchner Sicherheitskonferenz: Wandel muss gestaltet werden – Tektonische Plattenverschiebungen und westliche Reaktionen (IMI Standpunkt 2011/007)

29 Thomas Renard & Sven Biscop: The Strategic Union. Rising to the multipolar challenge, in DGAP: What the EU did next? (2011), S.11.

30 vgl.: ebd. S.14.

31 vgl.: Natalia Shapovalova: Does Spain have an Ostpolitik? (FRIDE, 12.1.2010)

32 vgl.: Jarek Skarzynski: Russia Intensifying Diplomatic Countship of Europe (STRATFOR, 7.10.2010), fortan: Skarzynski.

33 vgl.: <http://www.energy.eu/>



Freude über das gute italienisch-russische Verhältnis bei Silvio Berlusconi und Dmitri Medwedew (Bild links); Übersicht der verschiedenen Pipelineprojekte (Bild rechts)

### Deutschland

Deutschland und Russland haben eine äußerst bewegte gemeinsame Geschichte, die im Rahmen dieser Arbeit nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet werden kann. Heute schätzen Russen Deutsche trotz des enormen Leids, was das Dritte Reich der Sowjetunion zugefügt hat, höher als jedes andere Volk.

Zu Beginn der letzten Dekade erlebten die politischen Beziehungen eine vorher nicht gekannte Intensität, die durch das besonders gute Verhältnis von Gerhard Schröder und Wladimir Putin und dem gemeinsamen Willen, sich von Washington zu distanzieren, geprägt war. Während Schröder – wie auch Chirac in Frankreich – als „Gaullist“ zu bezeichnen war, wurde unter Kanzlerin Merkel wieder die transatlantische Ausrichtung gestärkt. In der großen Koalition der Jahre 2005–2009 gab es mit Frank-Walter Steinmeier noch einen SPD-Außenminister, der sich verstärkt um Russland kümmerte; in der schwarz-gelben Koalition scheint sich niemand speziell für das größte Land der Erde zuständig zu fühlen.<sup>34</sup>

Wie verworren die Trennlinien der Positionen zu Russland in Deutschland verlaufen, zeigt sich in der Frage der Energieversorgung. Mit North-Stream und South-Stream entstehen zwei Pipelines, die russisches Gas direkt nach Europa bringen sollen. Das Konkurrenz-Projekt heißt NABUCCO und soll unter Ausschluss Russlands Gas vom Kaspischen Meer und Nordafrika nach Europa befördern. Am North-Stream-Projekt sind die deutschen Firmen BASF/Wintershall und E.ON Ruhrgas beteiligt, während RWE Teil des NABUCCO-Konsortiums ist. Altbundeskanzler Gerhard Schröder fungiert als Lobbyist für North Stream, während der Außenminister seines damaligen Kabinetts, Joschka Fischer, das Pendant für NABUCCO ist.<sup>35</sup> Auch Angela Merkel zeigt Präferenzen für das Russland umgehende Projekt, was den Kontrast zur Regierungszeit Schröders erneut verdeutlicht.<sup>36</sup>

Obwohl sich die Beziehungen seit dem Amtsantritt Merkels wieder abgekühlt haben, bleibt Deutschland ein „Schlüsselland“ für Russland wie Medwedew es selbst formulierte<sup>37</sup>; dies gilt vice versa sicherlich in ähnlichem Maße.

Besonders nach der Finanzkrise hat in Deutschland noch einmal ein Umdenken stattgefunden. Das Land legt weniger Wert auf die Zusammenarbeit in der EU. Deutschland ist nicht mehr bereit, schwächeren Ländern (z.B. Griechenland) bei deren Schuldenbewältigung zu helfen.<sup>38</sup> Stattdessen wird wieder verstärkt auf bilaterale Beziehungen gesetzt, wobei sich Russland im besonderen Maße anbietet: 40 % des Gasverbrauchs Deutschlands wird durch Russland gedeckt, das im Gegenzug deutsches Know-how für seine Modernisierung benötigt.

Eine stärkere sicherheitspolitische Zusammenarbeit würde jedoch die NATO und die mittelosteuropäischen Staaten nervös machen.<sup>39</sup> Auch wenn dies kein Beweis für staatliche militärische Kooperation ist, so hat das russische Verteidigungsministerium doch immerhin einen Deal mit der privaten deutschen Rüstungsfirma Rheinmetall abgeschlossen, bei dem es um die Errichtung eines „Combat-Training-Center“ geht. Gerüchten zufolge soll es auch eine deutsche Unterstützung für russische Ausbilder von Sicherheitskräften an der tadjikisch-usbekischen Grenze geben.<sup>40</sup>

Die Frage für die Zukunft wird sein, wie lange sich Deutschland noch die Freiheit einer so engen Zusammenarbeit nehmen kann, ohne den amerikanischen Bündnispartner in Zeiten eines erneuten transatlantischen Zusammenrückens zu sehr zu verärgern.

### Frankreich

Auch die Beziehungen Frankreichs und Russlands beruhen auf einer bewegten Geschichte, man denke nur an das Duell Napoleons mit Alexander I (dem „Retter Europas“) oder die Frankophilie des russischen Adels, der teilweise ausschließlich französisch sprach. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war das sowjetisch-französische Verhältnis etwas anders als zu anderen westlichen Staaten, da Charles de Gaulles eine enge Anbindung Frankreichs an die NATO verhinderte. Auch wenn Frankreich 2009 in die NATO-Kommandostrukturen zurückkehrte, sind die französisch-russischen Beziehungen sehr solide, da die beiden Ländern bei vielen internationalen Ereignissen am ehesten noch die gleiche Lesart an den Tag

34 vgl.: Matthis Schopp: Merkels Russland-Besuch. Probleme wie in einer alten Ehe (Spiegel-Online, 14.07.2010), fortan: Schopp.

35 vgl.: <http://www.energy.eu/>; <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fischer112.html>

36 vgl.: Erdgaskrieg, S. 12.

37 vgl.: Horst Bacia: Ungenutztes Potential (FAZ.net 16.07.2010).

38 Obwohl Deutschlands Wirtschaftspolitik große Schuld an der Verschuldung dieser Länder trägt.

39 vgl.: George Friedman: Germany and Russia move closer (STRATFOR, 27.06.2010), fortan: Friedman.

40 vgl.: Clemens Brian: The Significance of Russia's Deal with Rheinmetall (STRATFOR, 16.02.2011).

legen.<sup>41</sup> Die prinzipiell skeptische Haltung Frankreichs gegenüber einer amerikanischen Dominanz lässt Frankreich als einen besseren Partner als viele andere westliche Länder erscheinen.

Genau wie Gerhard Schröder, pflegte Jacques Chirac eine besonders gute Beziehung zu Wladimir Putin. In einer Parallele zur deutschen Konstellation wurde Chirac – allerdings knapp zwei Jahre später – vom Atlantiker Nicolas Sarkozy abgelöst. Zwar kündigte letzterer in seinem Wahlkampf an, Russland stärker in Menschenrechtsfragen zu kritisieren und mehr auf den damaligen US-Präsidenten Bush zuzugehen, doch nach seiner Wahl konnte keine dramatische Verschlechterungen der französisch-russischen Beziehungen diagnostiziert werden. Menschenrechte kamen nicht auf die Agenda und Wirtschaftsbeziehungen wurden ausgebaut. Frankreich setzte sich 2008 zudem für eine Beteiligung russischer Soldaten an der EU-Mission im Tschad ein.<sup>42</sup>

Auf der einen Seite verurteilte Frankreich das russische Vorgehen gegen Georgien 2008 nicht so einseitig wie andere und Sarkozy trat als Mediator auf. Das ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen war dann allerdings Anlass zum Streit: die russische Übersetzung wies erhebliche Unterschiede zum französischen Original auf. Die Umformulierung zu Ungunsten Russlands betraf das Recht auf Pufferzonen auf georgischem Territorium.<sup>43</sup>

Als das Trio Putin-Schröder-Chirac gemeinsam den Irak-Krieg der Koalition der Willigen (offiziell) ablehnte, wurde viel von der starken Achse Paris-Berlin-Moskau gesprochen. De facto hat eine derartige Achse geschichtlich gesehen nie konstant funktioniert, da Frankreich aufgrund von Größe und Wirtschaftsmacht einen geringeren Einfluss als Deutschland im größten Land der Erde fürchtete.<sup>44</sup> Auch wenn Zusammenkünfte der Staatschefs dieser drei Länder die europäische Politik der letzten Dekade geprägt haben, so ist auch eine heimliche Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich auszumachen. Während die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland konstant verlaufen, stieg der russisch-französische Handel in den letzten fünf Jahren um 250 Prozent; besonders Sarkozy bemüht sich verstärkt um Großaufträge für französische Unternehmen.<sup>45</sup>

Schlussendlich stellt sich auch bei Frankreich die Frage, in welchem Maße der politisch-wirtschaftliche Spagat zwischen einer transatlantischen Zusammenarbeit und intensiven Beziehungen zu Russland zukünftig funktioniert.

### 3.3 Block der Russophoben

Signifikant anti-russische Positionen vertreten v.a. Polen, die baltischen Staaten, Schweden und Großbritannien (letzterer Akteur aufgrund der geographischen Lage nur bedingt russophob, eher als kritisch bis feindlich einzustufen). Auch andere osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten stehen Russland sehr skeptisch und ängstlich gegenüber, doch in der aktiven Politik schlägt sich diese Haltung vor allem bei den im Folgenden präsentierten Staaten nieder.

#### Polen

Polens kollektives Gedächtnis ist vielleicht wie das keiner anderen Nation durch die Auswirkungen rücksichtsloser Großmachtspolitik geprägt; das Selbstverständnis als „Christus der Völker“ prägt kontinuierlich die polnische Politik. Nach dem Zerfall des polnisch-

litauischen Reiches wurde Polen 1772, 1793 und 1795 drei Mal zwischen Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt, so dass das Land für über 120 Jahre von der Landkarte getilgt wurde. Das „moderne Trauma“ des Landes begann mit dem Ribbentrop-Molotov-Pakt 1939. Auch die als sowjetische Okkupation empfundene Nachkriegszeit ist immer wieder ein negativer Bezugspunkt: „Die Sowjets mögen schon lange weg sein, aber das Gefühl der Unsicherheit, das die Periode der Okkupation bestimmte, bleibt in der polnischen Gesellschaft verankert.“<sup>46</sup> Auch den heutigen polnischen Staat lässt die Sorge nicht los, erneut Opfer einer „Ost-West-Realpolitik“ zu werden, besonders wenn Bestrebungen Russlands zur Ausbreitung seiner Einflussphäre zu Tage treten.<sup>47</sup> Diese Angst schien durch den Georgien-Krieg 2008 noch weiter bestätigt zu werden. Der damalige Präsident Lech Kaczyński reagierte sofort und besuchte gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Litauen, Estland und der Ukraine (damals noch pro-westlich gepolt) Tiflis, um gegenüber dem georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili Loyalität zu demonstrieren.<sup>48</sup>

Während Bulgarien und die Slowakei total von Gas-Importen aus Russland abhängig sind, produziert Polen 96 Prozent seiner Energie in eigenen Kohlekraftwerken. Wenn die EU jedoch weiter auf eine Modernisierung des Energiesektors drängt, wäre Polen auf Gas-Importe angewiesen, die nach dem heutigen Stand mindestens teilweise aus Russland kommen müssten.<sup>49</sup>

Auf Polen wirkt dieses Szenario sehr einschüchternd, da Russland mehrfach bewiesen hat, dass es bereit ist, sein Gas als politisches Erpressungsmittel einzusetzen. Russland ist nicht mehr bereit, osteuropäischen Nachbarn, besonders denen mit westlicher Ausrichtung, verbilligtes Gas zukommen zu lassen. Als die Ukraine unter dem „orangenen“ Präsidenten Wiktor Juschtschenko den durch Russland drastisch erhöhten Gaspreis nicht bezahlen wollte, wurde die Zufuhr am 1. Januar 2006 unterbrochen, was eine schnelle Einigung erzwang.<sup>50</sup> Ähnlich verfuhr man am 1. Januar 2009, nachdem die Ukraine ausstehende Rechnungen nicht begleichen konnte.<sup>51</sup> Weißrussland wurde durch die „Energiewaffe“ von Moskau dazu genötigt, die staatliche Gasfirma zur Hälfte an Gazprom abzutreten.<sup>52</sup> Im Kontext dieser Vorfälle ist auch der aus dem Jahre 2006 stammende Vorschlag von Lech Kaczyński zu sehen, eine „Energie-NATO“ ins Leben zu rufen, um der russischen Erpressungstaktik etwas erwidern zu können.<sup>53</sup>

Allgemein empfindet Polen die westliche Haltung gegenüber Russland als zu nachlässig (diese Meinung schien durch Obamas Rückzieher beim Raketenschild bestätigt; mehrere osteuropäische Politiker schickten einen mahnenden Brief nach Washington<sup>54</sup>). Inzwischen sind Zweifel darüber aufgekommen, ob Polens Sicherheit und Wohlstand durch NATO und EU (Beitritte 1999 bzw.

46 Wojciech Lorenz: Straddling the Nuclear Frontier, in: World Policy Journal, Herbst 2009, S.51, fortan: Lorenz.

47 vgl.: Lorenz, S.51.

48 vgl.: ebd., S.55.

49 vgl.: ebd., S. 56

50 vgl.: Erdgaskrieg, S. 7-8.

51 vgl.: Spiegel Online: Russische Gaslieferungen über Ukraine komplett gestoppt (07.01.2009).

52 vgl.: Erdgaskrieg, S.7.

53 vgl.: ebd., S.16; dieser Vorschlag wird auch von der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung unterstützt (vgl.: ebd., S.17). Allgemein lässt sich sicherlich feststellen, dass es auch in Deutschland noch sehr stark russophobe Positionen zu finden gibt (exemplarisch dazu vgl.: Alan Posener: „Gazprom mit Atombombe“ in seinem Buch „Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss“ (2007), S. 167-179).

54 vgl.: Luke Harding & Ian Taylor: Obama abandons missile defence shield in Europe (guardian.co.uk, 17.09.2009)

41 vgl.: Laure Delcour: Frankreich und Russland. Neue Dynamik für eine besondere Beziehung (DGAP, Juli 2010), S.3 & 7.

42 vgl.: ebd. S.5-8.

43 vgl.: Tobias Pflüger: Die ESVP-Mission in Georgien (IMI Analyse 2008/029).

44 vgl.: Friedman.

45 vgl.: Schepp.



2004) noch garantiert sind. Der damalige stellvertretende Außenminister Witold Waszczykowski formulierte es 2007 in Bezug auf die NATO folgendermaßen: „Die NATO ist nicht die Allianz von der wir geträumt haben. Polen bräuchte zusätzliche Sicherheitsgarantien.“<sup>55</sup>

Gemeinsam mit Schweden hat Polen 2009 die EP (Eastern Partnership) als Ergänzung für den osteuropäischen Bereich der ENP ins Leben gerufen. Polnische Diplomaten strecken weiterhin ihre Fühler Richtung Ukraine und Weißrussland aus, um deren Westbindung zu erzwingen. Russland hat eine diplomatische Charmeoﬀensive gegenüber Polen gestartet, um weiteren derartigen Initiativen den Wind aus den Segeln zu nehmen, vor allem im Hinblick darauf, dass Polen in der zweiten Jahreshälfte 2011 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird. Allgemein haben sich die polnisch-russischen Beziehungen seit der Amtszeit Donald Tusks verbessert und Russland ist nun bemüht, die Zusammenarbeit mit den moderaten Kräften im Land zu stärken. Warschaws prinzipielles Misstrauen gegenüber Moskau bleibt aber auch nach einer kurzen Zeit besserer Beziehungen zweifellos bestehen.<sup>56</sup>

#### Die baltischen Staaten

Ähnlich wie bei Polen sind die Schwierigkeiten im Verhältnis der baltischen Staaten zu Russland in der komplizierten Geschichte der Länder zueinander angelegt. Nach einer kurzen Unabhängigkeitsphase wurden die baltischen Staaten 1940 von der Sowjetunion besetzt und in sie eingegliedert. Von 1941-1944 wurden sie dann vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt, ehe es dann zur Rückeroberung kam und die baltischen Staaten bis 1991 Teil der Sowjetunion blieben. Während der Nationalsozialismus bagatellisiert und die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung am Holocaust negiert wird, verteufeln die Mehrheitsgesellschaften den Sowjetkommunismus und unterdrücken die russischen Minderheiten<sup>57</sup>, die als ehemalige Okkupanten und Repräsentanten Moskaus betrachtet werden. Als 2007 ein sowjetisches Kriegsdenkmal in Tallinn vom Zentrum an den Stadtrand verlegt wurde, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen ein Mensch starb. Die ohnehin schlechten Beziehungen waren an einem Tiefpunkt angekommen.<sup>58</sup> Erst seit der sowjetischen Okkupation 1940 existiert so etwas wie eine gemeinsame baltische Geschichte; beflügelt durch ihren gemeinsamen Anti-Kommunismus haben sie sich nach ihrer Unabhängigkeit 1991 gegen Russland gestellt und auf den Weg in die NATO und die EU gemacht. In beide Bündnisse wurden sie 2004 aufgenommen.

Ein Problem aus Sicht der baltischen Staaten besteht darin, dass sie weiterhin enorm von russischer Energie abhängig sind: Der große Nachbar ist für 100 Prozent der Gasversorgung zuständig, zum großen Teil für die Ölfuhr nach Litauen und Gazprom besitzt Anteile an Energiefirmen in allen drei Ländern.<sup>59</sup>

Um sich von dieser Abhängigkeit zu lösen und politischer Erpressung durch die russische „Energie-Waffe“ zu entgehen, versuchen die baltischen Staaten unter Mithilfe von Polen und Schweden ihre Energieimporte zu diversifizieren. Dabei stehen verschiedene Möglichkeiten zur Diskussion:

55 zitiert nach Lorenz, S. 57.

56 vgl.: Skarzynski.

57 In Estland und Lettland ca. ein Drittel der Bevölkerung, in Litauen „nur“ fünf Prozent.

58 vertiefend dazu vgl.: Felix Münch: Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den „Bronzenen Soldaten“ im postsowjetischen Estland (Marburg 2008).

59 vgl.: Petras Malukas: The Baltic States Energy Plans and Obstacles (STRATFOR, 11.02.2011)



Herzlicher Empfang in Russlands Nachbarschaft: Estlands Präsident Toomas Hendrik Ilves und NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen

1. Die Konstruktion einer Gas-Pipeline von Polen in die baltischen Staaten. Das Problem besteht darin, dass Polen nicht in der Lage ist, diese Pipeline ausreichend zu befüllen ohne selbst Gas aus Russland zu importieren. Theoretisch könnte der Bau 2016 beginnen.
2. Die Errichtung von „Elektro-Brücken“ (also die Weiterleitung elektrischer Energie) von Schweden nach Litauen, von Polen in alle drei Länder sowie von Finnland nach Estland. Dieser Plan ist der realistischste, aber auch der unwichtigste, da die baltischen Staaten nicht auf riesige Mengen Elektrizität angewiesen sind. Die Umsetzung könnte Schritt für Schritt zwischen 2011 und 2020 vollzogen werden.
3. Der Bau von Flüssiggas-Terminals, für die eine finanzielle Förderung durch die EU möglich wäre. Uneinigkeit herrscht darüber, wo so ein Terminal stehen könnte und damit verbunden, welche Rolle Gazprom dabei spielen müsste. Eine Inbetriebnahme vor 2014 ist ausgeschlossen.
4. Die Errichtung von Atomkraftwerken, was für die von der Finanzkrise hart getroffenen baltischen Staaten kaum finanzierbar wäre. Die Bauzeit wäre zudem sehr lang (bis ca. 2022).

Die Pläne zu Diversifizierung der baltischen Energieimporte sind zu diesem Zeitpunkt recht vage. Die weitere Loslösung von Russland ist ein großes Ziel und wird weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen. Auf der anderen Seite weiß Russland natürlich um diese Vorhaben und wird alles tun, um sie zu verhindern.<sup>60</sup>

#### Schweden

Bis zum Beginn des 19. Jahrhundert gab es viele Jahrhunderte lang schwedisch-russische Auseinandersetzungen um die Vormachtstellung in der Ostsee-Region, ehe Schweden kein dominanter Faktor im europäischen Kräftemessen mehr war. Die Voraussetzungen für die jüngeren schwedisch-russischen Beziehungen waren zunächst ziemlich gut, da Schweden kein NATO-Mitglied ist. Dies lobte der damalige russische Präsident Boris Jelzin bei einem Besuch des Landes 1997 und in Russland hoffte man, dass Schweden mit seiner Neutralität ein Vorbild für die baltischen Staaten sein könnte. Doch

60 vgl.: ebd.

es kam anders: Schweden unterstützte sogar den baltischen Beitritt in die beiden westlichen Bündnisse und entwickelte sich zu einem der schärfsten Kritiker der autoritären russischen Politik seit dem Beginn der Ära Putin. Gemeinsam mit Polen initiierte Schweden zudem die European Partnership (EP) als Ergänzung zur östlichen Dimension der ENP und will zur Energie-Diversifizierung der baltischen Staaten beitragen (s.o.). Hinzu kommt, dass Schweden sich weigert, geflohene tschetschenische Kämpfer an Russland auszuliefern.<sup>61</sup>

Für das North-Stream-Projekt wäre es von Vorteil gewesen, wenn die Pipelines über Schwedisches Territorium verlaufen hätten können. Schweden lehnte den Bau jedoch aus ökologischen Gründen und wegen der Angst vor einer russischen Militärpräsenz im Ostseeraum ab. Für das verärgerte Russland fielen hierdurch erhöhte Kosten bei der Konstruktion an.<sup>62</sup>

Der bilaterale Handel der beiden Staaten ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, bewegt sich jedoch immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Die diplomatischen Beziehungen sind äußerst kühl, seit dem Amtsantritt Putins gab es keinen Besuch eines russischen Staatschefs in Schweden.<sup>63</sup>

### *Großbritannien*

Die Großmachtskonkurrenz zwischen Großbritannien und Russland prägte die europäische Politik nachhaltig, im so genannten „Great Game“ des 19. Jahrhunderts lieferten sich die beiden Mächte ein koloniales Wettrennen um Zentralasien und den indischen Subkontinent. Durch die „Special Relationship“ zu den USA war Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg fest in einer anti-sowjetischen Positionierung verankert; Winston Churchill war einer der Vordenker des konfrontativen Denkens gegenüber dem Kommunismus.

London hat natürlich längst begriffen, dass andere Länder für Russlands Politik deutlich wichtiger sind und dass das ehemalige Empire enorm an Bedeutung eingebüßt hat. Trotzdem sorgen gewisse Spannungen immer noch für Aufsehen.

Nach den Amtszeiten von Tony Blair (1997 bis 2007) und Gordon Brown (2007 bis 2010) herrschte eine Eiszeit in den Beziehungen. Großbritannien war erbost über die tödliche Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexander Litwinenko in London und Russland forderte von Großbritannien vergebens die Auslieferung des in Ungnade gefallenen Oligarchen Boris Beresowski. Großbritannien ist seit jeher das wichtigste Exil für verschiedenste russische Staatsfeinde – von tschetschenischen Separatisten bis hin zu Millionären und Milliardären, die sich nicht unterordnen wollen. Andersherum wurde vermehrt deutlich, dass Russland im Königreich noch wie zu Zeiten des Kalten Krieges spioniert.<sup>64</sup>

Unter diesen denkbar schwierigen Voraussetzungen bemüht sich die Regierung unter Premierminister David Cameron nun, die Beziehungen pragmatisch zu verbessern, um den wirtschaftlichen Profit für britische Firmen zu sichern bzw. nach Möglichkeit auszubauen.<sup>65</sup> Der erste große Schritt schien bereits auf dem Weg: der britische Energieriese BP hat einen milliardenschweren Deal mit dem russischen Staatsunternehmen Rosneft zum Aktientausch

sowie zur gemeinsamen Ausbeutung der Arktis abgeschlossen, wo sich vermutlich fünf Milliarden Tonnen Öl und zehn Millionen Kubikmeter Gas auf 125.000 Quadratkilometern befinden.<sup>66</sup> Doch vorerst ist der Deal durch Aktionäre des anderen Joint Ventures BPs mit einer russischen Firma, TNK, gestoppt wurden. Neben dieser innerrussischen Konkurrenz – TNK gilt Rosneft gegenüber als feindlich eingestellt – gefällt auch den USA, wo der Großteil der BP-Geschäfte stattfindet, die Mitsprache des Kremls bei BP überhaupt nicht.<sup>67</sup>

Auf der einen Seite kann die britische Russland-Politik einen entspannteren Verlauf nehmen als bei den anderen Ländern des russophoben Blocks, da die Insel durch ihre geographische Entfernung nicht unmittelbar von den Konsequenzen russischer Politik betroffen ist. Auf der anderen Seite ist Großbritannien durch seine „Special Relationship“ zu den USA wie kein anderes europäisches Land transatlantisch ausgerichtet. Auch wenn sich also britisch-russische Spannungen in der Tagespolitik nicht so sehr zeigen, wird Großbritannien wohl auch in Zukunft der erste Vasall sein, der einem zukünftig womöglich härteren Kurs der USA gegen Russland folgen würde.

### *Europäische Uneinigkeit zum Vorteil Russlands*

Die verschiedenen Positionen innerhalb Europas, hier grob im Schema der zwei Blöcke aufgezeigt, weisen durchaus zentrifugale Tendenzen für die Russland-Politik auf. Eine gemeinsame EU-Politik erwies stets zwar stets als anti-russisch, kann aber aufgrund widerstrebender nationaler Interessen kaum entstehen.

Profiteur der Uneinigkeit ist deshalb Moskau, wo ohnehin ein großes Misstrauen gegenüber der für Russland nachteiligen Brüsseler Politik entstanden ist. In bilateralen Verhandlungen hat Russland eine deutlich bessere Ausgangslage, da es keiner Staatenunion, sondern einem einzelnen Verhandlungspartner gegenübersteht.

In Anbetracht der mangelnden Durchschlagskraft der europäischen Außenpolitik im postsowjetischen Raum könnte aber so etwas wie Resignation bei den Gegnern Russlands einsetzen, wenn es darum geht, den russischen Einfluss einzugrenzen. Aus dieser Not könnten die Anfänge einer Zusammenarbeit geboren werden.<sup>68</sup> Das Eingeständnis, dass Russlands direkte Nachbarschaft nicht komplett unter westliche Fittiche geraten darf, wird vielen Hardliner jedoch nur schwer abzurufen sein.

61 vgl.: Eva Hagström Frisell & Ingmar Oldberg: „Cool Neighbours“. Sweden's EU-Presidency and Russia, in: IFRI Russia/NIS Center: Russie.Nei.Visions No. 42 (2009), S. 5-8.

62 vgl.: ebd., S.10.

63 vgl.: ebd., S. 8 & 10.

64 vgl.: Andrej Fedyashin: Lavrov out to improve British-Russian Relations (<http://www.america-russia.net/eng/geopolitics/268341904>); Ben Judah: Britain on Russia: Adrift in Europe (ECFR; 14.02.2011)

65 vgl.: ebd.

66 vgl.: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/pbrussland100.html>

67 vgl.: STRATFOR: Russia: BP-Rosneft Deal faces problem (02.03.2011).

68 vgl.: Ivan Krastev & Mark Leonard: Das Gespenst eines multipolaren Europas (ECFR, 19.10.2010).

## 4. Russland: auf dem Weg nach Europa oder Asien?

Seit mehr als einer Dekade bestimmt der Konkurrenzkampf zweier großer Klans die Entscheidungen in der russischen Politik: die Gruppierung um Igor Setschin, die sogenannten Silowiki (die Kräftigen), steht der Gruppierung um Wladislaw Surkow gegenüber. Klans sind ursprünglich eher als Organisationsformen in patrimonialen Gesellschaften bekannt. Die in diesem Fall beschriebenen Klans berufen sich nicht auf familiäre Bindungen, sondern formieren sich entlang machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Während der Setschin- und der Surkow-Klan nicht direkt mit politischen Ideen oder Ausrichtungen in Verbindung gebracht werden können, so existieren doch andere Gruppierungen bzw. Denkrichtungen, die ihre Vorstellungen in die machtpolitische Matrix einbringen wollen, was direkte Auswirkungen auf die Konkurrenz der Klans haben könnte. Das sind einerseits die mit dem Surkow-Klan verbundenen Ziviliki und andererseits die (Neo-)Eurasier, deren Sympathisanten eher unter den Silowiki zu finden sind. Die Resultate dieses Machtkampfes und dieser Ideenkonkurrenz bestimmen in Verbindung zur europäischen Politik die Ausrichtung Russlands.

Wladimir Putins Autorität speist sich daraus, dass er das Gleichgewicht zwischen den beiden Klans hält und zwischen Ihnen vermitteln kann. Er ist die absolute Exekutiv-Macht des Landes, die alle Akteure anerkennen.<sup>69</sup> Wie im Folgenden gezeigt wird, spiegelt sich der Putinsche Balanceakt auch in der russischen Orientierung zwischen Europa und Asien wider.

### 4.1 Die Klans und ihre Machtpolitik

#### *Der Setschin-Klan*

Igor Setschin, seit 2008 stellvertretender Ministerpräsident Russlands, und viele Mitglieder dieser Gruppe sind tief im Geheimdienst FSB (zur sowjetischen Zeiten KGB<sup>70</sup>) verwurzelt. Die Gruppe ist von sowjetischem Denken geprägt: sie setzen sich für die Großmachttrolle Russlands ein und sind dem Westen gegenüber sehr misstrauisch. Dem Kommunismus hingegen trauern die Silowiki nicht nach.<sup>71</sup>

Neben dem FSB hat der Klan noch weitere Machtstützen, wozu das Innen-, Energie- und Verteidigungsministerium zählen. Zudem haben Mitglieder der Silowiki die Kontrolle über den staatlichen Öl-Giganten Rosneft, den Eisenbahnhersteller Russian Railways, den Fluganbieter Aeroflot, die Atomenergiefirma Rosatom und den Rüstungsexporteur Rosoboronexport.<sup>72</sup>

#### *Der Surkow-Klan*

Wladislaw Surkow gilt als Mastermind hinter der Ideologie der Putin-Ära. Er ist der vielleicht wichtigste Architekt des neuen russischen Nationalismus – die krenltreue Jugendbewegung „Naschi“ (die Unsrigen) war seine Erfindung. Surkow schätzt realistisch ein, dass er selbst nie in die vorderste Front der Politik aufrücken wird, denn sein Hintergrund würde auf zu geringe gesellschaftliche Akzeptanz stoßen: er ist halb Tschetschene, halb Jude. Deshalb konzentriert er sich darauf, die Fäden im Hintergrund zu ziehen.<sup>73</sup>



Vize-Ministerpräsident und oberster „Silowik“: Igor Setschin



Wichtiger Strippenzieher im heutigen Russland: Wladislaw Surkow

Die Machtbasis des Klans ist der militärische Auslandsgeheimdienst (GRU), der als eine Art Gegengewicht zum FSB fungiert. Von den Strukturen her ist der GRU zwar größer, kann aber keine mit dem FSB vergleichbaren geheimdienstlichen „Erfolge“ vorweisen. Der Surkow-Klan kontrolliert außerdem Gasprom, das Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenministerium und hat gute Kontakte zum Generalstaatsanwalt.<sup>74</sup>

In der Auseinandersetzung der beiden Klans treffen eher Machtinteressen als politische Ideen aufeinander. Während der Setschin-Klan noch ein anti-westliches, autoritär-geheimdienstliches Profil vorweist, ist der Surkow-Klan politisch kaum zu verorten. Doch durch eine Dynamik innerhalb des Surkow-Klans rückt – verstärkt seit der Finanzkrise – eine pro-europäische politische Idee in den Vordergrund, die Auswirkungen auf die bisherige Konstellation haben könnte.

#### *Der Aufstieg der Ziviliki*

Der Erfolg Russlands in der Ära Putin hing eng mit den hohen Energiepreisen zusammen. Bisher verpasste man die Chance, die Wirtschaft zu diversifizieren und andere Zweige weiterzuentwickeln. Die Preise blieben jedoch nicht auf einem Dauer-Hoch, was das russische Wachstum wieder etwas bremste. Das Vorgehen Russlands im Georgien-Krieg ließ zudem einige westliche Investoren an der Verlässlichkeit Russlands zweifeln. Weitaus schlimmer traf Russland dann die Finanzkrise, die mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman-Brothers 2008 eskalierte. Alle diese Ereignisse ließen den Kurs des Rubel stark fallen und brachten vor allem einige Akteure im und um den Kreml zum Nachdenken.<sup>75</sup>

69 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 2: The Combatants (2009), fortan: Part 2.

70 Auch Wladimir Putin arbeitete für den KGB.

71 vgl.: Part 2.

72 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 3: Rise of the Ziviliki (2009), fortan: Part 3.

73 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 4: Surkov presses home & Part 5: Putin struggles for balance (2009).

74 vgl.: Part 2.

75 vgl.: STRATFOR: Russian Modernization, Part 2: The Kremlin's Balancing Act (2010).

## PUTIN'S KREMLIN CLANS



### Die wichtigsten Charaktere und Organisationen der konkurrierenden Klans im Überblick

Durch die Finanzkrise ist eine Gruppe junger Juristen und Technokraten in den Vordergrund gerückt, zu denen auch Präsident Medwedew zählt: die Ziviliki (Die Zivilen, als Gegenstück zu den Silowiki). Diese Gruppierung ist der festen Überzeugung, dass das Wirtschaftssystem reformiert werden muss; die Beziehungen zum Westen sollen ausgebaut werden und das Ziel von Firmen soll in Zukunft die Profitmaximierung anstatt Machtakkumulation sein.<sup>76</sup>

Die zentrale technokratische Rolle bei den Modernisierern spielt der Finanzminister Alexej Kudrin. Putin hat großes Vertrauen zu ihm und er ist einer der wenigen Politiker, die aus der Zeit Jelzins übernommen wurden. Kudrin will Russland attraktiver für ausländische Investoren machen und dabei auch die staatliche Kontrolle über den Energiesektor lockern. Er ist der Meinung, dass sich Russland heute in einer ganz anderen Position als bei der ersten Privatisierungswelle der 90er Jahre befindet und deshalb keine Gefahr für ein erneutes Chaos bestehe.<sup>77</sup>

Die Ziviliki wollen den Setschin-Klan für die Finanzkrise verantwortlich machen. Ihr Argument ist, dass viele Firmen ineffizient arbeiten, da sie von ehemaligen Geheimdienstlern und nicht von erfahrenen Geschäftsleuten geführt werden.<sup>78</sup> An dieser Stelle kommt Wladislaw Surkow ins Spiel. Für ihn ist nicht die Modernisierung Russlands zentral, sondern der persönliche Machtgewinn. Selbst mit Medwedew im Präsidentenamt besitzen die Ziviliki hinter den Kulissen nicht die entscheidende Durchschlagskraft, die ihnen aber durch Surkow verliehen werden kann. Surkow unterstützt Kudrins Pläne, um die Machtbalance in seine Richtung kippen zu lassen. Dabei ist nicht ganz klar, ob Surkow die von den Silowiki kontrollierten Firmen zerschlagen, privatisieren oder unter seine Kontrolle bringen lassen will.<sup>79</sup>

Wladimir Putins Balanceakt zwischen den Klans wird durch die Ziviliki schwerer. Auch ihm wurde klar, dass der russischen Wirtschaft eine Modernisierung verordnet werden muss. Die Frage ist, wie weit er gehen kann, um die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft in Russland nicht erneut zu verlieren und um Surkows Posi-

tion im Konkurrenzkampf der Klans nicht übermäßig zu stärken. In welchem Umfang die Konzepte der Ziviliki umgesetzt werden entscheidet auch darüber, wie Russlands zukünftiges Verhältnis zu Europa sein wird, wo sich viele über eine Öffnung der russischen Wirtschaft (und eine eventuell damit verbundene Abkehr vom Staatskapitalismus) freuen würden. Inwieweit eine Angleichung der Wirtschaft an ein neoliberales westliches Vorbild zum Wohle der russischen Bevölkerung wäre, steht hingegen auf einem anderen Blatt.

## 4.2 Eurasier

### Die Wurzeln des Eurasianismus

Durch Russlands besondere Lage zwischen den Kontinenten Europa und Asien stellt sich schon seit Jahrhunderten die Frage, welchem der beiden man sich zugehörig fühlt. Die groß angelegte Modernisierung unter Peter dem Großen (Ende des 17./Anfang des 18. Jahrhunderts) stieß das „Fenster nach Europa“ weit auf. Dem gegenüber standen die Slawophilen, die gegen eine Annäherung an Europa waren und in enger Verbindung zur Orthodoxie die Einzigartigkeit des Russentums und eine Expansion Richtung Osten propagierten. Im 19. Jahrhundert gehörte ihnen u.a. der bekannte Schriftsteller Fjodor Dostojewski an, der mit seinem Ausspruch „*In Europa waren wir Gnadenbrotesser und Sklaven, nach Asien kommen wir als Herren*“<sup>80</sup> die Denkweise treffend beschrieb.

Der mit dem slawophilen Denken verwandte Eurasianismus entstand unter den russischen Exilanten in Prag, Berlin und Paris in den 1920er Jahren. Es gab einen inneren Disput, da sich ein Teil der eurasischen Denker dazu entschloss, die Sowjetunion der 1930er Jahre zu unterstützen. Der Eurasianismus war und ist keine durchstrukturierte politische Bewegung, er ist eher als eine Weltanschauung zu verstehen. Der Grundkonsens der Eurasier ist, dass Russland Asien näher steht als Europa. Viele hegen zudem Sympathie für die Spiritualität von Islam, Hinduismus und Buddhismus, die dem weltlichen Denken des Westens gegenübergestellt wird. Der Glaube an die Konfrontation verschiedener Zivilisationen (euro-atlantische, asiatische, eurasische) erinnert an die Ausführungen von Samuel Huntington (Kampf der Kulturen). Allgemein sind die Eurasier stark von geopolitischen Konzepten, die die besondere Lage Russlands zwischen Europa und Asien betonen, beeinflusst. Dies zeigte sich auch in der Renaissance der 90er Jahre.<sup>81</sup>

### Neo-Eurasianismus

Ein erneutes Interesse für den Eurasianismus kam schon zu Zeiten der Perestroika auf, wurde meist aber nur in kleinen Zirkeln diskutiert, ehe er ab 1992 stärker popularisiert wurde. Eurasier machten sich auf, die durch das Ende des Kommunismus entstandene ideologische Lücke zu füllen. Die Idee findet bei vielen in der russischen politischen Elite Anklang und besitzt zudem im Umfeld der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auch turksprachige Anhänger.<sup>82</sup>

Die Debatte um den Eurasianismus hängt eng mit Geopolitik zusammen. Als erster russischer Regierungspolitiker nach dem Ende der Sowjetunion sprach der damalige Außenminister Andrej Kozjrev von normalen nationalen Interessen im nahen Ausland. Unter dem Druck aus dem rechten politischen Spektrum und unter dem

76 vgl.: Part 2.

77 vgl.: Part 3.

78 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 1: The Crash (2009).

79 vgl.: Part 3.

80 Fjodor M. Dostojewski: Tagebuch eines Schriftstellers. Notierte Gedanken (1996), S. 591.

81 vgl.: Marlène Laruelle: The Two Faces of Contemporary Eurasianism. An Imperial Version of Russian Nationalism, in: Nationalities Papers 1/2004, S. 115-121, fortan: Laruelle.

82 vgl.: Laruelle, S. 115 & 117.

Einfluss des Parlamentswahlkampfes 1993 wurde der Ton dieser Debatte von allen Seiten ideologisiert.<sup>83</sup> Fortan infiltrierten Neo-Eurasier erfolgreich Politik und Wirtschaft Russlands.

Der aktuelle Eurasianismus muss einen ideologischen Drahtseilakt meistern: er bewegt sich zwischen der positiven Bewertung der früheren geostrategischen Machtposition und den technischen Errungenschaften der Sowjetunion und den ebenfalls hochgehaltenen Werten von Orthodoxie und Nationalismus, die der Kommunismus bekämpft hatte. Diese ideologische Mischung muss auf einen multiethnischen und multireligiösen Raum (GUS oder sogar darüber hinaus) projiziert werden.<sup>84</sup>

Im Folgenden sollen die Ansätze dreier eurasischer Denker – Wadim Tsimburski, Sergej Panarin und Alexander Dugin – vorgestellt werden.

#### *Wadim Tsimburski*

Die Eroberung Sibiriens ist das entscheidende identitätsstiftende Ereignis im geopolitischen Konzept „Insel Russland“ des Neo-Eurasiers Wadim Tsimburski. Durch diese Eroberung sei Russland zu einer in sich homogenen Insel geworden, die den festen Kern der russischen Identität bilde. Tsimburskis Empfehlung für die post-sowjetische russische Politik ist deshalb, Sibirien und den Fernen Osten des Landes zu revitalisieren und sich nicht weiter um den Kaukasus und Zentralasien zu kümmern. Die Transformation zur Insel soll Russland vor schädigenden Einflüssen der Globalisierung schützen, die Teile der postsowjetischen Peripherie bereits ergriffen hätten. Nur mit diesem defensiven Konzept könne die territoriale Integrität erhalten werden. Tsimburskis Konzept ist im Gegensatz zu vielen anderen eurasischen Ansätzen säkular.<sup>85</sup>

#### *Sergej Panarin*

Panarins Interpretation des Eurasianismus unterscheidet sich stark von Tsimburski und ähnelt vielleicht der ursprünglichen eurasischen Idee am meisten. Laut Panarin müsse Russland auf Kontinuität in Abgrenzung zum schnelllebigen Westen setzen; man müsse eine Rückkehr zum barbarischen Urzustand anstreben und nicht der westlichen Dekadenz nacheifern. Religion sei die Essenz der Gesellschaft, wobei eine Fusion von Orthodoxie und Islam erfolgen müsse. Das wahre Russland sei durch die Vermischung von Tartaren und Slawen entstanden. Trotzdem müsse Russland seinen Orient nicht zwingend bei den islamischen Despoten suchen, sondern auch bei den buddhistischen Pazifik-Staaten. Panarin ist gegen einen ethnozentristischen Nationalismus, da der dem Gedanken des Imperiums widersprechen würde. Russland besäße die Kraft, viele verschiedene Völker in einem solchen Imperium zu vereinen.<sup>86</sup>

#### *Alexander Dugin*

Ursprünglich hatte der Eurasianismus verschiedene Ausprägungen, die politisch links und rechts eingeordnet werden konnte, doch durch den bedeutendsten Neo-Eurasier Alexander Dugin sind die heutigen Ansätze meist rechts, oft sogar faschistisch. Im Grunde hat Dugin nur eurasische Ansätze aufgegriffen, um sie mit deutschem geopolitischen Denken, Rassismus und Anti-Semitismus zu vereinen. An Hitler gefällt Dugin lediglich nicht, dass er die UdSSR angegriffen hat; eine neo-faschistische Achse Deutschland-Russland-Japan würde ihm durchaus gefallen. Sibirien ist für Dugin ein besonderer Ort, da sich dort die beiden ihm wichtigen Himmels-



*Immer in Angriffsstellung: Neo-Eurasier Alexander Dugin*

richtungen Ost und Nord treffen. Der Osten steht bei ihm für Spiritualität und die Richtung russischer Expansion und der Norden für den Ursprung des Ariers.<sup>87</sup>

In Dugins geopolitischem Denken ist die Welt weiterhin bipolar, wobei sich See- und Landmächte gegenüberstehen. Die Seemacht – die USA – wolle den eurasischen Raum erobern und ein pro-amerikanisches Russland solle gegen China und die islamische Welt<sup>88</sup> benutzt werden. Um seine anti-amerikanische Weltsicht glaubwürdiger erscheinen zu lassen, verweist er in seinen Schriften auf die Hardliner unter den US-Geostrategen, bevorzugt Zbigniew Brzezinski, und bezieht sich positiv auf USA-kritische europäische Intellektuelle. Nach Dugin hat Russland nur zwei Optionen: entweder eine eurasische Supermacht werden oder sterben.<sup>89</sup> Die Essenz russischer Geschichte sei es, Imperien unter Führung von Zaren und Patriarchen zu bilden. Das „Kernland Russland“, so auch der Name seines geopolitischen Konzepts, sei die Wiege der Zivilisation und der Himmel auf Erden.

#### *Neoeurasischer Einfluss auf russische Politik*

Bei den vorgestellten drei Ansätzen gibt es diverse Schnittpunkte, aber letztlich gelang es nur Dugins Version, Politik entscheidend mitzugestalten. Ab 1992 sah sich die komplette Opposition – von rot bis braun<sup>90</sup> – als Eurasier. Der Politiker Wladimir Schirinowski griff Dugins Theorien beim Parlamentswahlkampf 1993 auf und sprach davon, dass Russland bis zum Indischen Ozean ausgedehnt werden solle. Mit diesen und anderen kühnen Behauptungen gewann seine Partei, die LDPR<sup>91</sup>, die Wahlen.<sup>92</sup> Jelzins Schwenk

87 vgl.: ebd., S. 126-131

88 Den Iran schätzt Dugin besonders.

89 vgl.: Dmitry Shlapentokh: Dugins Eurasianism. A window in the minds of the Russian elite or an intellectual ploy?, in: Studies in East European Thought 59/2007, S. 222-230, fortan: Shlapentokh.

90 Hierzu kann man in erster Linie die Kommunistische Partei (KPRF), die LDPR (vgl. Fußnote 91) und die Nationalbolschewistische Partei (NBP) zählen.

91 Liberal-demokratische Partei Russlands (der Name täuscht darüber hinweg, dass es sich um eine rechts-nationalistische Partei handelt, bei der Schirinowski der einzig bekannte Charakter ist).

92 vgl.: Laruelle, S. 126.

83 vgl.: Natalia Morozova: Geopolitics, Eurasianism and Russian Foreign Policy Under Putin, in: Geopolitics 14/2009, fortan: Morozova, 668-669.

84 vgl.: Morozova, S. 679.

85 vgl.: ebd., S. 680-681.

86 vgl.: Laruelle, S. 119-125.

zu einer nationaleren und autoritäreren Politik ließ Dugins Oppositionsarbeit abschwächen und die erwartete Unterstützung für Gennadi Sjaganow von der Kommunistischen Partei im Präsidentenwahlkampf 1996 blieb aus.<sup>93</sup> Nach Jelzins Kompromiss mit Dschochar Dudajew für ein de facto unabhängiges Tschetschenien nach dem russischen Kriegsdesaster in seiner südlichen Peripherie zeigte sich Dugin enttäuscht und verstärkte wieder die Zusammenarbeit mit Eduard Limonow in der Nationalbolschewistischen Partei. 1998 war die Partei auf dem Höhepunkt ihrer Beliebtheit angelangt und konnte sogar Massenproteste gegen Jelzin in Moskau organisieren. Es kam jedoch zum Bruch zwischen Limonow und Dugin, da ersterer Oppositionsarbeit betreiben wollte und letzterer den Weg zum Erfolg in der Unterstützung und Beeinflussung des Kremls sah.<sup>94</sup>

Fortan betonte Dugin wieder stärker seinen Eurasianismus und suchte die Nähe zum neuen starken Mann im Kreml, Wladimir Putin. Einige von Dugins Ideen lassen sich durchaus in der Politik wiederfinden. Der bekannte Ausspruch Putins, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ war, stammt eigentlich von Dugin. Dass er oft im Fernsehen auftritt und seine Bücher an allen Universitäten gelesen werden, zeigt die prinzipiell positive Einstellung des Kremls zu ihm. Ihn als einen intellektuellen Guru der Moskauer Politik zu bezeichnen, erscheint jedoch als weit übertrieben.<sup>95</sup>

Bilanzierend lässt sich feststellen, dass der Eurasianismus in den 90ern ein Gegengewicht zur transatlantischen Ausrichtung der Jelzin-Administration bildete, aber in Zeiten der schwachen Staatlichkeit es nicht schaffte, zur alles dominierenden Kraft aufzusteigen. Neben dem fehlenden Gleichgewicht zwischen Pragmatismus und Ideologie lässt sich als weiterer Grund für dieses Scheitern die fehlende wirtschaftliche und strategische Bedeutung der für das eurasische Denken so wichtigen GUS anführen, die nie auch nur ansatzweise ein Gegengewicht zur NATO bilden konnte. Als einflussreiche Persönlichkeit spielt Alexander Dugin aber weiterhin in Kreisen russischer Politiker und anderer Eliten eine nicht zu unterschätzende Rolle.<sup>96</sup>

#### 4.3 Russlands Pragmatik zwischen West und Ost

##### *Russlands Ansprüche im eurasischen Raum*

Wladimir Putin ist kein typischer Eurasier. Er ist in erster Linie Pragmat und teleologische Phantasien finden bei ihm wenig Anklang. Ausufernde Großmachtrhetorik wird eher dazu benutzt, über innere soziale Missstände hinwegzutäuschen.<sup>97</sup> Der Kreml will nicht die Sowjetunion zurück, will jedoch mindestens eine unangefochtene Regionalmacht im eurasischen Raum sein. Geographisch bedingt ist Russland seit jeher bemüht, einen Puffer an Staaten um sich herum zu kontrollieren, da es nicht von Flüssen, Ozeanen oder Gebirgen nach außen hin geschützt ist. Die momentane Eingebundenheit der USA im Nahen Osten und die Erfolglosigkeit der EU-Bemühungen im postsowjetischen Raum geben Russland die Möglichkeit, verlorengegangenen Einfluss in seiner Nachbarschaft zurückzugewinnen. Die verschiedenen Staaten und deren Bedeutung aus Sicht des Kremls unterteilt der private Nachrichtendienst STRATFOR in vier Kategorien:

1. Staaten, über die Kontrolle ausgeübt werden muss: Georgien, Kasachstan, Ukraine und Weißrussland.
2. Wichtige Staaten, in denen Russland seinen Einfluss vergrößern will: Aserbaidschan, Baltische Staaten, Turkmenistan, Usbekistan.
3. Staaten, die nicht oberste Priorität haben, aber in denen Russland leicht an Einfluss gewinnen könnte: Armenien, Kirgisien, Moldawien und Tadjikistan.
4. Regionalmächte, mit denen Russland sich arrangieren muss: Deutschland, Frankreich, Polen und die Türkei.<sup>98</sup>

Diese Unterteilung liefert einen guten Überblick über das strategische Denken im Kreml, auch wenn die Zuteilung einiger Staaten diskussionswürdig erscheint (z.B. dürfte Kirgisien aufgrund seiner Nähe zu Afghanistan eigentlich eine größere Bedeutung haben). Um Russlands Position zwischen West und Ost genauer zu verstehen, darf ein kurzer Blick auf die Rolle der SOZ und des neuen Wirtschaftsgiganten China nicht fehlen.

##### *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)*

Während die GUS nie zu einer wirklich mächtigen internationalen Organisation aufgestiegen ist, scheint die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) um einiges bedeutsamer zu werden; nicht zuletzt deshalb, weil mit Russland und China zwei Wirtschaftsgiganten den Ton angeben. Die weiteren Mitglieder sind Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan. Westliche Politiker und Analytiker betrachten die SOZ mit Skepsis, teilweise mit Angst und oft ist von einem „Autokratenklub“ die Rede. Ganz oben auf der Agenda der SOZ steht die Bekämpfung der „drei Schrecken“: Terrorismus, Extremismus und Separatismus, die gemeinsame Sorgen aller Mitglieder sind. Für die Zukunft gibt es zwei mögliche Entwicklungsszenarien:

1. Erweiterung nur um die Mongolei und Turkmenistan und Konzentration auf das bisherige Aufgabenfeld.
2. Erweiterung um politische Schwergewichte (Indien, Iran und Pakistan haben Beobachterstatus) und die Formation zu einem gigantischen diplomatischen, vielleicht militärischen Block.<sup>99</sup>

Welches der beiden Szenarien eintritt, hängt natürlich stark von der Entwicklung der NATO ab. Sollte sie zu einem zunehmend expansiven und offensivem Vorgehen tendieren, eventuell sogar zu einer „Energie-NATO“ werden, die sich aggressiv für die Versorgung des Westens mit Ressourcen einsetzt, scheint auch die Formierung der SOZ zu einem Verteidigungsbündnis und zu einer „Anti-NATO“ nicht unrealistisch zu sein.<sup>100</sup> Bis jetzt ist die SOZ für Russland und China lediglich ein wichtiges Forum für geographisch begrenzte Fragestellungen, aber in dieser Konstellation steckt auch Potential für mehr.

##### *Russland und China*

Es sei noch einmal an die bereits in der Einleitung zitierte Formel von Kai Ehlers erinnert: „Wenn ihr nicht wollt, dann können wir auch anders und anders heißt China, heißt Asien.“<sup>101</sup> So oder ähnlich könnte Russlands Verhandlungsposition gegenüber Europa beschrieben werden.

2001 unterschrieben China und Russland ein Abkommen für langfristige Zusammenarbeit, was die Grundlage für einen verstärk-

93 Sjaganow sah im Vorfeld der Präsidentenwahl bereits wie der sichere Sieger aus.

94 vgl.: Shlapentokh, S. 217.

95 vgl.: ebd., S. 217-219; Laruelle S. 126.

96 vgl.: Morozova, S. 672; Shlapentokh, S.234.

97 vgl.: Morozova, S.683-684.

98 vgl.: STRATFOR: Russia's expanding influence. Introduction. The Targets (2010).

99 vgl.: Stephen Aris: The Shanghai Cooperation Organisation. Tackling The Three Evils. A Regional Response to Non-traditional Security Challenges or an Anti-Western Block?, in: Europe-Asia Studies 3/2009.

100 vgl.: Erdgaskrieg, S. 17-18.

101 Ehlers.

ten Handel legte, der nur durch die Finanzkrise etwas zurückgeworfen wurde. 2008 setzte Präsident Medwedew ein klares Zeichen Richtung Peking, in dem er den ersten Auslandsbesuch seiner Amtszeit außerhalb der GUS in China verbrachte.<sup>102</sup>

Russland besitzt noch nicht ausgebeutete Öl- und Gasreserven in Ost-Sibirien und im Fernen Osten des Landes und China hat einen enormen Energiehunger (voraussichtlich 3,3 Prozent Steigerung pro Jahr bis 2030). Auf dem Energiesektor spricht also vieles für eine verstärkte Zusammenarbeit. Einige russische Kritiker der Kooperation äußern zwar Bedenken und behaupten, man füttere einen Konkurrenten mit Energie, aber diese Stimmen sind nicht repräsentativ. Die Finanzkrise hat der russischen Führung noch mal die Unterlegenheit zu China vor Augen geführt.<sup>103</sup> Der Kreml ist sich über die Probleme Russlands – Demographie, Abhängigkeit von den Energiepreisen und viele strukturschwache Regionen, um nur einige zu nennen – bewusst und erkennt Chinas Status als Supermacht, dessen Einfluss stetig größer wird, an. Russland kann gegenüber China nicht wie eine dominante Weltmacht im Sinne eurasischer Ideen auftreten.

#### *Gewinnbringende Doppelorientierung*

Wie im Laufe der Arbeit gezeigt, gibt es viele verschiedene Pole, die Russland nach Europa und nach Asien ziehen. Auch um den Kreml herum, gibt es ganz verschiedene Auffassungen darüber, wohin sich das Land bewegen soll. Aber genau aus diesem „Dazwischen“, was oft als Dilemma begriffen wird, lässt sich auch etwas Gewinnbringendes ziehen. Sowohl Asien als auch Europa haben Interessen in Russland und Moskau versteht es, daraus eine eigene Politiklinie zu formen. Kai Ehlers zeigt diese Doppelorientierung der aktuellen russischen Politik einleuchtend auf: *„Nun gibt es nicht wenige Stimmen, die in den unterschiedlichen Auftritten Putins und Medwedews beginnende Differenzen in der russischen Führung, gar einen Zerfall des russischen Führungstandems erkennen wollen. Tatsächlich gehen Putins und Medwedews Aktivitäten im wahrsten Sinne des Wortes in unterschiedliche Richtungen, allerdings in leicht erkennbarer Arbeitsteilung, zudem mit wechselnden Positionen. Wie auch immer im Detail, verwirklicht sich in dieser Arbeitsteilung aber nichts anderes als die tatsächliche Lage Russlands zwischen Asien und Europa, zwischen Modernisierung nach europäischer und solcher nach asiatischer Art, zwischen China und der EU. Russland strebt weder eine deutsch-russische, noch eine russisch-chinesische Achse an, sondern sucht seinen Platz in einer pluralen, multipolaren Neuordnung der Welt als eine Macht unter anderen.“*<sup>104</sup>

Russland macht sich momentan zu einer weiteren großen Modernisierung bereit, wie es sie schon mehrmals in der Geschichte des Landes gab (z.B. durch Peter den Großen oder durch die Bolschewiki). Die jetzige Modernisierung wird ebenfalls unter Einbeziehung dieser Doppelorientierung stattfinden. Dass westliche Investoren angelockt und westliche Technik eingeführt werden soll, wird nicht ein zweites Mal zu einem Ausverkauf des Landes und einem Kontrollverlust des Kremls führen: *„Russlands oberste Priorität war immer Sicherheit, sowohl gegen internen Dissens als auch gegen äußeren Einfluss. Das wird sich nicht ändern.“*<sup>105</sup>

Die russische Modernisierung wird sich nicht nur – obgleich ihrer Wichtigkeit – an westlichen Beispielen orientieren. Auch die chinesische Art der Modernisierung könnte Vorbildcharakter besitzen, besonders in Zeiten, wo das staatskapitalistische Modell dem Liberalismus einen Schritt voraus zu sein scheint. Die Erfolge des Staatskapitalismus sind nicht zuletzt ein Triumph Russlands gegenüber Europa, das dem großen Nachbarn nie etwas anderes als den Liberalismus (und den damit verbundenen Ausverkauf) zugestanden hatte.

#### *Putins Balance ist auch Russlands Balance*

Die gewinnbringende Doppelorientierung spiegelt die Balance wieder, die Wladimir Putin zwischen den verschiedenen politischen Mächten und Ideen Russlands zu schaffen im Stande ist. Er ist in jeder Hinsicht ein Vermittler und Mediator ohne den die heutige russische Politik nicht denkbar ist: Putin setzt die Kräfte der beiden machtpolitischen Klans so ein, dass beide Seiten ihre Stärken einbringen, ohne die Überhand zu gewinnen. Die Qualitäten der Zivilisierte nutzt er für innerrussische Verbesserungen sowie ein besseres Bild Russlands im westlichen Ausland, ohne eine liberale Modernisierung (im Sinne eines Ausverkaufs wie in den 90er Jahren) zuzulassen. Mit eurasischer Rhetorik und einem starken Engagement in der ehemals sowjetischen Einflussosphäre befriedigt er dagegen das Großmachtdenken vieler Akteure, ohne die realistische Einschätzung Russlands wirklicher Stärke zu vergessen.

Zwar sind Russlands Probleme bei weitem nicht gelöst, doch durch diese Putinschen Erfolgsformeln lässt sich der Aufstieg seit dem Jahrtausendwechsel erklären.

102 vgl.: Vladimir Portyakov: Russian-Chinese Relations. Current Trends and Future Prospects, in: Russian Analytical Digest 73/2010, S. 2-3.

103 vgl.: ebd., S.4; Shoichi Itoh: Sino-Russian Energy Relations. True Friendship or Phony Partnership, in: Russian Analytical Digest 73/2010, S. 9.

104 vgl.: Ehlers.

105 STRATFOR: Russian Modernization, Part 2: The Kremlin's Balancing Act (2010).



Wichtige Verhandlungen: Medwedew und Rasmussen auf dem Weg zum NATO-Gipfel in Lissabon 2010

## 5. Fazit

Eine Doppelorientierung Russlands nach Asien und Europa scheint in vielen Politikbereichen eine gute Lösung für Russland zu sein. In der Sicherheitspolitik wird jedoch eine klarere Entscheidung bzw. Orientierung nötig sein.

Es existieren bestimmte Interessen, die die amerikanische, europäische und Teile der russischen Elite teilen: dies sind in erster Linie eine Übermacht Chinas zu verhindern und gegen islamistischen Terrorismus vorzugehen. Um eine enge transatlantisch-russische Zusammenarbeit zu realisieren, müsste jedoch eine ganz entscheidende Frage geklärt werden: Ist Russland wenigstens halbwegs gleichberechtigt oder nur ein Juniorpartner? Bei den Vorschlägen von Medwedew für einen gemeinsamen Sicherheitsvertrag und eine gemeinsame Raketenabwehr wird es zu keinen Fortschritten kommen, wenn diese Frage nicht unter Berücksichtigung legitimer russischer Sicherheitsinteressen geklärt wird. Alle, die mit Euphorie auf die zukünftige Zusammenarbeit der NATO und Russland blicken, sollten den Worten des russischen Botschafters bei der NATO, Dmitri Rogozin, Aufmerksamkeit schenken: „[Die Raketenabwehrpläne] können nicht Kooperation genannt werden, [...] nicht einmal eine Zweckehe, sondern eher ein getrenntes Leben in verschiedenen Apartments mit verschiedenen Eingängen und Adressen.“ Rogozin bringt auch auf den Punkt, warum die Einstellung der NATO für Russland inakzeptabel ist: „Wenn die NATO unsere Sicherheit für sekundär hält und ihre eigene für primär, dann gefällt uns das nicht.“<sup>106</sup>

Sollte die westliche Staatengemeinschaft mit Russland weiterhin nicht auf Augenhöhe verhandeln, so wird ein engeres sino-russisches Bündnis und eine damit verbundene Ost-West-Blockbildung

für die Zukunft immer wahrscheinlicher.<sup>107</sup> Sergej Karaganow analysiert folgerichtig: „Konfrontiert mit der Unmöglichkeit eines vorteilhaften und egalitären Zugangs zum euro-atlantischen Raum, bewegt sich Russland zügig darauf zu, eine Kooperation mit China zu bevorzugen – selbst als ein ‚junger Bruder‘, wenngleich ein respektierter.“<sup>108</sup> Wenn China Russland also den Respekt erweist, den der Westen ihm verwehrt, wäre Moskau durchaus bereit, Pekings Juniorpartner zu sein.

Orientiert an den gegebenen Tatsachen der heutigen Welt ist das Errichten eines Imperiums im Sinne Dugins oder anderer unrealistisch. Auch wenn eine expansive NATO- und EU-Außenpolitik die eurasischen Positionen und die Silowiki stärkt, findet die Orientierung Richtung China unter anderen Prämissen statt. Karaganows Feststellung, dass „Die asiatische Entscheidung von heute [...] nicht das Gleiche wie die eurasische Entscheidung der Vergangenheit“<sup>109</sup> ist, erweist sich als zentral für das Verständnis russischer Politik.

Wie die zukünftigen europäisch-russischen Beziehungen aussehen werden, hängt entscheidend davon ab, wie sich die europäischen Staaten zur NATO-Politik positionieren und auf welche Weise sie ihre eigenen geopolitischen Ambitionen vorantreiben. Sollten die transatlantischen Bindungen wieder enger werden und die EU-Staaten Triebkräfte bei der Umsetzung zukünftiger NATO-Pläne werden, so werden sich die momentan relativ entspannten Beziehungen nach Moskau verschlechtern. Gleiches gilt, wenn mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik versucht wird, den Einfluss der Europäischen Union auf Kosten Russlands zu erweitern und wenn mit eigenen Energieprojekten lediglich der Einfluss Russlands minimiert werden soll. Anstatt sich in einem geostrategischen Rennen um die immer knapper werdenden Brennstoffe zu

106 zitiert nach Andrew Monaghan: From Lisbon to Munich. Russian views of NATO-Russia relations (NATO Defense College Research Report, Februar 2010), S.4.

107 Die Attraktivität der NATO für Russland sollte nicht überschätzt werden: ob die NATO aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Aufgaben gewachsen ist, kann nicht klar beantwortet werden (vgl.: ebd. S.5)

108 vgl.: Karaganow

109 vgl.: ebd.



beteiligen, sollte im Sinne des Friedens lieber mit aller Kraft eine Wende hin zu erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Die in Russland vorhandenen Ressourcen sollten verantwortungsvoll *gemeinsam* genutzt werden. Nur so ist es möglich, sich von dem alten Denken in Einflussphären zu lösen, das in der EU – Rhetorik von *soft power* hin oder her – ebenso verankert ist wie in Russland. Lediglich Moskau eine aggressive Außenpolitik vorzuwerfen, zeigt einen Mangel an Reflexion über das westliche Vorgehen seit dem Ende der Sowjetunion, das zwangsläufig zu Reaktionen führen musste.

Die in der Geschichte begründeten Phobien einiger osteuropäischer EU-Mitglieder sind absolut verständlich und es sollte im Interesse aller Beteiligten liegen, den Dialog zu fördern, um alte Feindseligkeiten zu beenden. Dabei ist Russlands Großmachtrhetorik wenig hilfreich, genauso wenig aber die Versuche Polens, die Ukraine und Weißrussland (sowie andere Staaten) fest an die EU zu binden.

Kritik an der autoritären und repressiven Politik Russlands ist in weiten Teilen gerechtfertigt. Deshalb zu meinen, man könne die außenpolitischen Bedürfnisse des Landes ignorieren, ist ein Trug-

schluss. Zudem zu behaupten, die Beziehungen zu Russland seien durch die europäische Menschenrechtsagenda geprägt, ist schlicht falsch. Weder die chinesische, noch die amerikanische, noch die europäische Wirtschafts- und Außenpolitik richten sich nach Demokratiestandards oder zivilgesellschaftlicher Freiheit ihrer Verhandlungspartner. Den europäischen Pragmatikern im Umgang mit Russland vorzuwerfen, sie würden die Menschenrechtssituation ignorieren, stimmt – es gibt jedoch bedauerlicherweise keinen Akteur, der in anderen Kategorien denkt, die nicht machtpolitischer Art sind. Klagen über Menschenrechte und die Forderung von Sanktionen blieben stets leere Drohungen. Man traut sich zwar, Maßnahmen gegen den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, der nach vergeblicher Westbindung in Ungnade gefallen ist, einzuleiten sowie die Opposition seines Landes zu unterstützen, aber Russland ist für solche Manöver eine Nummer zu groß.<sup>110</sup>

110 vgl.: Ehlers; Lilia Shevtsova: How the West became the Kremlin's hostage (<http://www.carnegie.ru/publications/?fa=42346>)

Bildhinweise: S.1: IMI; S. 3: Europäische Kommission (Audiovisuelle Dienste); S. 4, 7, 9, 14: NATO; S. 5: U.S.-Verteidigungsministerium (DoD photo by Cherie A. Thurlby); S.7: Grafik: energy.eu; S.11: Wiki Media; S.12: STRATFOR; S.13: Wikipedia.ru.

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

